

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Neue Runde des Tauziehens um die Menschenrechtsfrage

Zwei Ereignisse haben die VRCh erneut veranlaßt, ihre Positionen in der Menschenrechtsfrage aufzubauen, nämlich erstens der Beginn der 53. Sitzung der UNO-Menschenrechtskommission in Genf (am 10 März 1997) und zweitens die Veröffentlichung des jährlich vom amerikanischen Außenministerium herausgegebenen "Menschenrechtsreports" (diesmal über das Jahr "1996, Abschnitt China").

Die UNO-Menschenrechtskommission war 1946 aus der Taufe gehoben worden und hatte 1947 ihre erste Sitzung abgehalten - sie kann also mittlerweile auf genau 50 Jahre zurückblicken, befindet sich ungeachtet dieses Jubiläums aber in einer deprimierenden Situation, da auch diesmal über mehr als 100 Resolutionen verhandelt werden soll, da sich die Front zwischen dem Westen und der Dritten Welt keineswegs entspannt hat und da - unter der Führung Beijings - die Auseinandersetzungen immer mehr auf die Formel Sozialrechte contra Individualrechte gebracht werden.

In die Kerbe dieser Frontstellung schlägt auch die Stellungnahme des vom Presseamt des chinesischen Staatsrats herausgegebenen chinesischen Gegenberichts (BRu, 1997, Nr. 14, S. 11-17). Der Gegenbericht führt im ersten Drittel Beispiele für Falschberichterstattung auf. Passagen aus der Strafprozeßordnung von 1979 beispielsweise würden immer noch in ihrer ursprünglichen Fassung aufgeführt, obwohl es hier längst Revisionen gegeben habe; Kriminelle würden als "politische Dissidenten" hingestellt (in diesem Zusammenhang taucht peinlicherweise auch der Name des Dissidenten Wang Dan auf!) und außerdem komme es zu der

haltlosen Beschuldigung, daß politische Dissidenten in Anstalten für Geistesranke untergebracht würden.

Im zweiten Drittel geht der Gegenbericht auf "Verdrehung des Freiheitsbegriffs" durch die Amerikaner ein. Was individuelle Freiheitsrechte anbelange, so sei es allgemein anerkannt, daß es auf der Welt nirgends Meinungs-, Informations- oder Pressefreiheit ohne gewisse Einschränkungen gebe. Dies sei bereits bei der französischen Erklärung der Menschenrechtsfälle von 1789 der Fall gewesen und wiederhole sich auch bei zahlreichen amerikanischen Gesetzen. Der Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums wünsche in Wirklichkeit nicht eine echte Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, sondern fordere die "Freiheit", sich dem sozialistischen System und der regierenden kommunistischen Partei widersetzen zu dürfen. "Solange China ein sozialistisches Land ist, in dem die KPCh den Staat führt, bleibt es für die Verfasser des 'Berichts' offensichtlich ein 'unfreies Land', und zwar egal, wie demokratisch es ist oder wieviel Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit die Menschen nun wirklich genießen. Hier liegt das wirkliche Problem."

Sodann kommt der Gegenbericht auf die zahlreichen Sozialrechte zu sprechen, die China in den vergangenen Jahren nicht nur theoretisch ausgearbeitet, sondern auch praktiziert habe: "1996 erreichte Chinas Wirtschaft ein anhaltendes, rapides und gesundes Wachstum; außerdem wurde der demokratische und legislative Aufbau beträchtlich verstärkt und das Recht der Menschen, zu existieren und sich zu entwickeln, weiter verbessert. ... Statistiken zufolge wuchs die Volkswirtschaft 1996 real um 7%.... Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen... erreichte 4.300 Yuan (500 US\$); bei den ländlichen Bewohnern erreichte die Zahl 1.900 Yuan oder 9% Realwachstum - die größte Wachstumsrate in den letzten Jahren. ... China hat außerdem weltweit die schnellste Rate der Armutsminderung. 1996 wurden 7 Mio. Bewohnern ländlicher Gebiete geholfen, sich von der Armut zu befreien, womit die Ge-

samtzahl verarmter Landbewohner in China von 250 Mio. (1978) auf 58 Mio. (Ende 1996), d.h. auf weniger als ein Zwanzigstel des weltweiten Armentdurschnitts reduziert wurde. ... 1996 wurde in 457 weiteren Verwaltungseinheiten auf Kreisebene... das Ziel erreicht, das Analphabetentum zu beseitigen und eine neunjährige allgemeine Schulpflicht für jedermann durchzusetzen. Dies kam 119 Mio. Menschen (= 16,4% der Gesamtbevölkerung) zugute. ... Zwischen 1995 und 1996 führten die meisten Dörfer in China außerdem eine neue Runde von Direktwahlen durch, um Dorfkomitees, also die elementaren ländlichen Verwaltungseinheiten, zu bilden. Über 98% der städtischen Kleinbezirke formten Straßenkomitees oder Nachbarschaftsgruppen, deren Personal 1996 zu 97% direkt gewählt wurde. ... 1996 verabschiedete China ferner das Gesetz über den Schutz von Rechten der Alten, das neue Gesetz über die Rechtsanwälte, das Gesetz über Verwaltungsstrafen und viele andere rechtliche Dokumente, die der Verbesserung der Menschenrechtssituation dienen; außerdem kam es zu bedeutenden Abänderungen im Strafgesetz, die ebenfalls dem Schutz der Menschenrechte dienen. Vor allem verstärkt das novellierte Strafgesetz die Heranziehung von Rechtsanwälten und gewährt ... größeren Rechtsschutz bei Zeugenladungen, bei Inhaftierungen und anderen Zwangsmaßnahmen."

All diese Verbesserungen würden in dem Menschenrechtsbericht jedoch unterschlagen.

Aus diesem Grund wird im letzten Teil der Darstellung des Gegenberichts die Frage aufgeworfen, warum die Situation in China so verzerrt dargestellt werde.

Die Antwort: Die vom US-amerikanischen Außenministerium herausgegebenen Menschenrechte hätten noch in den Zeiten des Kalten Kriegs dazu gedient, Spielmaterial gegen Feinde bereitzustellen. Diese Praxis werde auch heute noch fortgeführt: die Menschenrechte würden als Instrument benutzt, um China vor der internationalen Gemeinschaft in ein schiefes Licht zu setzen und sich darüber hinaus offen in die inneren Angelegenheiten der VRCh einzumischen. Die "Menschenrechtsberichte" seien eine "klare Manifestation der sturen Kalte-Kriegs-Mentalität der USA", die sich, ohne auf die eigenen Verfehlungen zu schauen, nach außen hin als "Weltrichter" aufspielten. -we-

*(2)

Europäer uneins über die Behandlung Chinas

Anlässlich der vom 10.3. bis 15.4. in Genf abgehaltenen Tagung der Menschenrechtskonferenz ist es zu einem offenen Bruch innerhalb der EU-Länder gekommen. Verschiedene Richtungen haben sich bemerkbar gemacht: Vor allem Frankreich wollte eine kritischere Resolution gegen China verhindern und wurde in dieser Haltung von Italien und Spanien unterstützt. Frankreich wurde für dieses Verhalten von der *Volkszeitung* (RMRB, 30.3.97, S. 3) ausdrücklich gelobt: es habe eine "weise Wahl" getroffen, hieß es. Der Vorsitzende des NVK, Qiao Shi, der zu diesem Zeitpunkt gerade Frankreich besuchte, drückte der französischen Regierung gegenüber für ihre Haltung ausdrücklich den Dank Chinas aus.

Die Niederlande und die skandinavischen Länder wollten demgegenüber auf die Verabschiedung einer Resolution hinwirken, die China verurteilt. Deutschland verhielt sich eher vermittelnd, tendierte dabei allerdings zu Frankreich.

Der Vertreter der Niederlande, die z.Z. den Vorsitz im EU-Rat innehaben, Außenminister Van Mierlo, wies in einem Brief an seine Amtskollegen auf das Dilemma hin, das einen "ernsten Rückschlag" für die gemeinsame Außenpolitik bedeute: Europa bediene sich in der Menschenrechtsfrage offensichtlich zweier Standards: eines für mächtige Länder wie China und eines für kleine Staaten. In der Tat brachten die auf Verurteilung Chinas drängenden europäischen Staaten unter Führung Dänemarks einen Antrag ein, der von den USA unterstützt wurde.

China wußte allerdings von vornherein, daß es von dem Verurteilungsantrag nichts zu befürchten hatte: schon in den Vorjahren, als die EU-Länder noch geschlossen auftraten, hatten die antichinesischen Stimmen nicht für eine Verurteilung der VRCh ausgereicht. Erst recht mußte dies jetzt der Fall sein, da die europäische Einheit zerbrochen ist.

Den Franzosen wurde der plötzliche Einstellungswandel nicht nur von vielen europäischen Ländern, sondern auch von der eigenen Presse verübelt, da vor allem Staatspräsident Chirac offensichtlich im Hinblick auf die lockenden Wirtschaftsaufträge aus China umgefallen sei: im Mai reist er nach Beijing.

Am 17. April wurde der von Dänemark eingebrachte - und von Beijing als "antichinesische Demarche kritisierte - Antrag auf eine Verurteilung von der UNO abgewiesen - und zwar zum siebten Mal in einem Zeitraum von sieben Jahren. -we-

*(3)

Ambivalentes Verhältnis zu Japan

In einem Beitrag der Zeitschrift *Liaowang* (Nr 52 vom 23. Dezember 1996, S. 17 f.) findet sich ein Kommentar zu den chinesisch-japanischen Beziehungen, die sich im Jahre 1996 erneut höchst ambivalent entwickelt hätten - "wirtschaftlich heiß, politisch dagegen kalt", wie es heißt.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erklimmen immer neue Höhen: 1995 belief sich der Handelsaustausch zwischen beiden Seiten auf 57,5 Mrd. US\$, 1996 bereits auf über 60 Mrd. Japan sei Chinas größter Handelspartner und China umgekehrt Japans zweitgrößter Handelspartner. Auch die japanischen Direktinvestitionen in der VRCh hätten ständig zugenommen: bis Juni 1996 habe sich die Zahl der Investitionsprojekte auf 14.349 mit einer Gesamtsumme von 24.55 Mrd. US\$ erhöht, von denen 11,9 Mrd. bereits ausgezahlt wurden. Zwar lägen die Investitionen Japans in China noch leicht unter denjenigen der USA, doch seien die Auszahlungsanteile wesentlich höher. Außerdem habe Japan an China drei Yen-Anleihen ausgegeben - mit einer Gesamtsumme von rund 17 Mrd. Yen. Mitte April habe der Bund der Wirtschaftsvereinigungen, die mit Abstand größte Geschäftsorganisation Japans, zum ersten Mal seit 19 Jahren, d.h. seit 1977, eine Delegation nach China entsandt.

Während es also wirtschaftlich immer steiler aufwärts gehe, schein sich das gegenseitige politische Verhältnis immer mehr abzukühlen:

Da sei erstens der immer systematischere Versuch Japans, die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs zu leugnen und sie als bloße "Selbstverteidigung" abzutun. Am 29. Juli habe darüber hinaus der wiedergewählte LDP-Ministerpräsident Hashimoto den Yasukuni-Schrein besucht, wo auch die japanischen Kriegsverbrecher verehrt werden.

Zweitens sei es im Mai 1996 wieder einmal zu Zusammenstößen im Zusammenhang mit der Senkaku/Diaoyutai-Insel gekommen (näheres dazu C.a. 1996/9, Ü 1).

Drittens stelle sich Japan offensichtlich immer noch auf die Seite Taiwans, wo es bekanntlich 50 Jahre lang (1895-1945) Kolonialmacht ausgeübt hatte und wo es heutzutage am liebsten den "Status quo" aufrechterhalte - womit die Politik Tokyos letztlich auf die Forderung hinausläuft, zwei Chinas zu schaffen. Auch bei den Militärmanövern der VBA im März 1996 in der Taiwanstraße habe Japan offen Sympathie für Taiwan bekundet.

Viertens gehöre Japan zu jenen Mächten, die am stärksten an der weiteren Präsenz der US-Armee in der asiatisch-pazifischen Region festhielten. In Artikel 6 des japanisch-amerikanischen Verteidigungsvertrags heißt es, daß zu der gemeinsam zu verteidigenden "Region Fernost" auch Taiwan gehöre. Stillschweigend halte Japan an dieser Klausel nach wie vor fest.

Fünftens versuche Tokyo immer wieder, die chinesischen Textilexporte nach Japan stärker zu beschneiden. Auch mit seinem Technologietransfer verhalte sich die japanische Seite "verhältnismäßig konservativ".

Sechstens habe Japan im Jahre 1996 auch damit begonnen, seine Hilfs- und Kreditzusagen an China zu "politisieren", nachdem die Volksrepublik Nukleartests durchgeführt - und Japan daraufhin Kredite eingefroren habe. -we-

*(4)

Illegale Masseneinwanderung von Chinesen nach Japan

Am 18.3.97 kam eine japanische Regierungsdelegation nach Beijing, Shanghai und in die Provinz Fujian, um bei den chinesischen Behörden um Hilfe gegen chinesische Verbrecherorganisationen nachzusuchen, die unter der Führung lokaler "Schlangenköpfe" immer systematischer zahlungswillige Landsleute nach Japan einschleusen.

Die japanische Regierungsdelegation bestand aus Beamten der Behörde für maritime Sicherheit, für Polizeiwesen sowie aus Repräsentanten des Justiz- und des Außenministeriums.

Seit Beginn des Jahres 1997 waren bis zu diesem Zeitpunkt 733 Chinesen unter dem Verdacht, nach Japan illegal immigriert zu sein, festgenommen worden. Offensichtlich handelt es sich bei den Erappten aber nur um die Spitze eines Eisbergs. Die Dunkelziffer liegt vermutlich beim zehnfachen oder zwanzigfachen. 95% der Festgenommenen stammten aus der Provinz Fujian. Hauptausgangshafen sei Shanghai (Kyodo in SWB, 24.3.97).

Am 1. März beschloß das japanische Justizministerium, beim Parlament Verschärfungsregelungen gegen Personenschleuser zu beantragen, die im "Gesetz über die Einwanderungskontrolle" verankert werden sollen. Bisher stand auf illegale Einwanderung Gefängnis von drei Jahren sowie eine Strafgebühr von 300.000 Yen (2500 US\$). Besondere Strafbestimmungen gegen Schleuser gibt es in dem Gesetz bisher überhaupt nicht. Dabei gilt es gerade, die "Schlangenköpfe" zu treffen, die nicht nur eine Flotte von kleinen Booten mit modernen Navigationsinstrumenten betreiben, sondern auch ein ganzes Netzwerk für die Fälschung von Dokumenten unterhalten, in das offensichtlich auch Mitglieder der japanischen Verbrecherorganisation Yakuza miteinbezogen werden (NLM, 2.4.97).

Häufig bestehen die Schlangenköpfe, die sich als regelrechte "illegale Reiseagenten" betätigen, aus früheren Japan-Studenten, die nicht nur die Sprache des Landes beherrschen, sondern auch über gute Beziehungen dorthin verfügen. Sie nutzen einen Trend, der in ein neues Sprichwort eingegangen ist, daß es nämlich "natürlich für chinesische Arbeiter wie für Wasser ist, nach Japan einzuströmen" (SCMP, 30.3.97).

In Japan hat die illegale Zuwanderung inzwischen längst verärgerte Diskussionen ausgelöst, die dadurch noch verschärft werden, daß chinesische Einwanderer, die sich auf Grund der Einschleusung bis über den Hals verschuldet haben, immer mehr nach verbrecherischen Nebenerwerbsquellen Ausschau halten, sei es, daß sie Raubüberfälle durchführen oder daß sie sogar Auftragsmorde begehen. In einem Land wie Japan, das sich durch eine der niedrigsten Kriminalitätsraten der Welt auszeichnet, ist diese "neuzugewanderte Brutalität" schockierend.

Auch sind viele chinesische Zuwanderer mittlerweile im Bordell- und Strichmilieu tätig, vor allem in den rückwärtigen

Teilen des Kabukicho, eines Rotlaternenviertels im Tokyoter Stadtteil Shinjuku. Besonders häufig sind Chinesen auch am illegalen Spielgewerbe beteiligt (SCMP, 30.3.97).

Vergleichbar dem in Deutschland hauptsächlich von Osteuropäern in großem Stil betriebenen Pkw-Diebstahl und -schmuggel haben chinesische Banden in der Zwischenzeit einen schwunghaften Schmuggel in Richtung Festland organisiert, an dem vor allem Fahrzeuge der Marke Mercedes einen hohen Anteil haben. Auch das Plündern von Geldautomaten und Pachinko-Spielmaschinen gehört mit zu den "Spezialitäten" der neuen Einwanderer. -we-

*(5)

Angeblieh 15.000 Ausländer wegen "kriminellen Verhaltens" ausgewiesen

In den vergangenen fünf Jahren, d.h. von Anfang 1992 bis Ende 1996, hat die VR China angeblich rund 15.000 Ausländer wegen kriminellen Verhaltens ausgewiesen.

Zu den Tatbeständen, die den Ausländern vorgeworfen wurden, gehörten Diebstahl, Betrug, Drogenhandel, Verkauf von Waffen, Prostitution, Wilderei und illegale Einwanderung.

Diebstähle hätten angeblich im Jahre 1994 55,8% aller dieser Fälle ausgemacht. Unter den Betroffenen seien Personen, die schwere Verkehrsunfälle verursacht hätten, aber auch japanische Besucher, die seltene Schmetterlinge gefangen hätten.

Besonders groß scheint der Prozentsatz unter den Prostituierten aus Rußland, Thailand und Vietnam zu sein, die in den Provinzen Guangdong, Guangxi und Hainan, aber auch in Nordostchina in Erscheinung getreten sind. Sie alle seien heimgeschickt worden (SCMP, 28.12.96). -we-

*(6)

Neuaufgabe des diplomatischen Wettlaufs zwischen Beijing und Taipei in Afrika

Im Januar 1997 brachen die Außenminister der beiden Chinas, Qian Qizhen (VRCh) und Chang Xiaoyan (RCh), fast gleichzeitig - und ganz gewiß nicht zufällig - zu Afrikatouren durch mehrere Länder auf: Qian Qichen (von Frankreich aus kommend) nach

Niger, Äquatorial-Guinea, Sao Tomé und Príncipe, Cap Verde und Mauretanien, Chang Xiaoyan dagegen nach Malawi, Swasiland, Südafrika, Gambia, Guinea-Bissau, Senegal und Burkina Faso.

Von den 30 Staaten, mit denen Taipei noch diplomatische Beziehungen unterhält, liegen neun in Afrika (16 in Lateinamerika, der Rest in Europa (Vatikan) und im Pazifik).

In zwei afrikanischen Staaten konnte Beijing auf Kosten Taipeis in letzter Zeit Erfolge verbuchen, nämlich in Südafrika, das bis Ende 1997 diplomatische Beziehungen mit der VRCh aufnehmen will, und mit Niger, das im August 1996 von Taipei zu Beijing übergeschwenkt war. In der Tat besuchte Qian Qichen bei seiner "Safari" diesmal auch Niger. Die VR China hatte den Schwenk des afrikanischen Staates dadurch "materiell belohnt" daß es 30 Ärzte entsandte, in Niamey 1.100 Wohnungen baut und mehrere Trinkwasserprojekte unterstützt. Die VR China suchte sich damit offensichtlich auch materiell als die richtige chinesische Alternative zu empfehlen; ansonsten steht sie freilich nicht an, die "Gelddiplomatie" Taipeis immer wieder aufs Korn zu nehmen.

Bereits 1996 hatte die VRCh eine - unter der Hand auch gegen Taipei gerichtete - neue Afrikaoffensive gestartet. Im Mai 1996 hatte Jiang Zemin sechs afrikanische Staaten besucht und dabei einen Fünf-Punkte-Vorschlag über die chinesisch-afrikanischen Beziehungen mit Wirkung bis hinein ins 21. Jh. bekanntgegeben (XNA, 31.12.96. Näheres dazu C.a. 1996/5, Ü 3, ferner 1996/2, Ü 5). Am Rande dieses Besuches hatte Beijing erneut Signale in Richtung Südafrika ausgesandt (C.a. 1996/5, Ü 4) und damit, wie man heute weiß, auch Erfolg gehabt: bekanntlich hat Südafrikas Präsident Nelson Mandela am 27. November 1996 angekündigt, die diplomatischen Beziehungen zur Republik China zum 31. Dezember 1997 abzubrechen und ab 1.1.1998 Beziehungen zur VRCh aufzunehmen. Damit hatte Mandela massivem Druck aus Beijing nachgegeben, der vor allem via Hongkong wirksam wurde: Südafrika betreibt über Hongkong zahlreiche Geschäfte und sah sich dort mit der Drohung Beijings konfrontiert, daß die Handelsmission und das Generalkonsulat geschlossen und der südafrikanischen Fluggesellschaft die Landrechte entzogen werden könnten.

Noch im September 1996 hatte Mandela öffentlich erklärt, er strebe eine gleichzeitige Anerkennung beider Chinas an. Die Beziehungen zu Taipeh würden nicht abgebrochen. Diesen Standpunkt hat er nun allerdings nun innerhalb kurzer Zeit korrigieren müssen.

Der Abbruch der Beziehungen zu Taipeh dürfte Mandela nicht leichtgefallen sein, zumal Taiwan den ANC, Mandelas Partei, 1994 nicht nur mit rund 10 Mio. US\$ kräftig beim Wahlkampf unterstützt, sondern sich auch als größter ausländischer Kapitalgeber Südafrikas engagiert hatte. Etwa 300 taiwanische Firmen haben in Südafrika 1,56 Mrd. US\$ investiert und damit mehr als 45.000 Arbeitsplätze geschaffen. Mit einem Handelsvolumen von 1,87 Mrd. US\$ wurde Taiwan im Jahre 1995 außerdem zu Südafrikas siebtgrößtem Handelspartner. Kein Wunder, daß Südafrika, um finanzielle Einbußen in Grenzen zu halten, den Abbruch der Beziehungen um ein ganzes Jahr hinausgeschob.

Taipeh hat damit gedroht, 17 bereits geplante Projekte mit einem Gesamtvolumen von 840 Mio. US\$ auszusetzen, darunter die Anlage von Devisenreserven bei südafrikanischen Banken, die Einrichtung eines Berufsbildungszentrums, den Aufbau von Telekommunikationsdiensten in ländlichen Gebieten sowie die Kooperation in der Land- und Forstwirtschaft. Hinsichtlich der Weiterführung von Plänen zum Bau einer 3,5-Mrd.-US\$-teuren Petrochemieanlage, zum Bau eines neuen Flughafens und eines Fischereiprojekts finden Konsultationen zwischen den Regierungen in Taipeh und Pretoria statt.

Bei seinem Besuch Mitte Januar 1997 in Pretoria wies RCh-Außenminister Chang darauf hin, daß Taiwan Sicherheiten für die taiwanesischen Investitionen in Südafrika erwarte (SCMP, 14.1.97).

Seinen Botschafter hat Taiwan bereits im Dezember 1996 zurückgezogen.

Mit Südafrika hat Taipeh den größten und wichtigsten seiner 30 Verbündeten verloren, mit denen es in diplomatischem Kontakt steht. Von den 29 nun noch verbleibenden Staaten haben Panama und der Vatikan die größte Bedeutung (zum Thema vergl. auch C.a. 1997/2, Ü 9). -we-

*(7)

Gegenüber dem mit Taiwan verbündeten Guatemala zeigt Beijing Zähne und legt zum ersten Mal sein Veto bei der UNO ein

Am 10. Januar 1997 hat die VR China zum ersten Mal seit ihrem UNO-Beitritt (Ende 1971) von ihrem Vetorecht als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats Gebrauch gemacht und damit die Entsendung von UNO-Beobachtern nach Guatemala blockiert.

Alle übrigen 14 Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats stimmten demgegenüber für die Stationierung von 155 Militärbeobachtern in Guatemala, die dort die Umsetzung des am 29. Dezember 1996 zwischen Regierung und Aufständischen unterzeichneten Friedensabkommens überwachen sollten.

Ursache für das chinesische Nein bei der Abstimmung waren die guten Beziehungen, die Guatemala zu Taiwan unterhält.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, gab weitere Überlegungen für das Beijinger Veto bekannt: Wie jedermann wisse, habe China seit jeher die Friedensverhandlungen in Guatemala unterstützt und über Jahre hin alle Schritte befürwortet, die zu einem endgültigen Friedensvertrag in dem mittelamerikanischen Staat führen könnten.

Ungeachtet dessen aber habe die guatemaltekeische Regierung nicht weniger als viermal vor der Weltorganisation Anträge unterstützt, in denen die "Rückkehr Taiwans in die UNO" gefordert wurde. Damit aber habe sich das Land für eine Aufspaltung Chinas ("zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan") eingesetzt und gegen prinzipielle Rechte der chinesischen Nation sowie gleichzeitig auch gegen die von der Vollversammlung beschlossene Resolution Nr. 2758 verstoßen, in der anerkannt wurde, daß die Vertreter der Regierung der VR China die einzig legitimen Repräsentanten Chinas sind. Darüber hinaus habe die guatemaltekeische Regierung den taiwanesischen "Außenminister" zur Teilnahme an der Friedensvertragszeremonie in Guatemala eingeladen. Es sei "nur logisch", wenn China unter diesen Umständen seine "Kooperation" verweigere.

In Kommentaren vom 11., 12. und 13. Januar schoß die Beijinger Propaganda dann noch eine Reihe von Breitseiten

gegen Guatemala ab und suchte ihr Verhalten damit gegenüber der eigenen Bevölkerung ins rechte Licht zu rücken: offensichtlich hatte man doch kein so gutes Gewissen!

Guatemala, bei dem der schwarze Peter nun lag, reagierte nacheinander auf zweifache Weise: zuerst drohte es damit, die OAU (Organisation Amerikanischer Staaten) um eine Beobachter- und Überwachungsgruppe anzugehen, für deren Entsendung es ja keiner chinesischen Zustimmung bedurfte. Schließlich aber setzte sich die Regierung des mittelamerikanischen Staates dann doch mit der VR China in Verbindung und traf eine Vereinbarung, deren Inhalt offiziell nicht bekanntgegeben wurde. Es heißt jedoch, Guatemala habe der VRCh zugesichert, die UNO-Resolution Nr. 2758 zu beachten und u.a. nicht mehr offen für die Aufnahme Taiwans in die UNO einzutreten.

Daraufhin ließ die VRCh ihr Veto fallen, so daß es am 20. Januar 1997 zu einer erneuten Abstimmung und zum einstimmigen Beschluß des UNO-Sicherheitsrats für eine Entsendung der Beobachter nach Guatemala kommen konnte.

Der Vertreter des mittelamerikanischen Staates erklärte, seine Regierung habe keinerlei Zugeständnisse gemacht und nur anerkannt, daß Taiwan kein Mitglied der Vereinten Nationen sei.

Das Verhalten Beijings war ein willkommener Anlaß für Taipeh, sich ironisch über dessen kleinkarierte Politik zu äußern: ausschließlich im Interesse seiner Rivalitäten mit Taipeh habe Beijing den Friedensvertrag in Mittelamerika, der nach über 30 Jahren Bürgerkrieg endlich unter Dach und Fach gekommen sei, aufs Spiel setzen wollen. Dies sei ein nicht gerade verantwortungsvolles Verhalten. Auch deutete Taipeh an, daß es die Blockadepolitik der VR China ohne weiteres unterlaufen könne, wenn es nämlich die Entsendung von OAS-Beobachtern finanziere: der Stein falle dann, anders als Beijing es angedroht habe, keineswegs auf die Füße Guatemalas oder der Republik China, sondern auf diejenigen der Volksrepublik selbst! (SCMP, 12.1.97). Taiwans Vizepremier Xu Lide bezeichnete den Schritt Beijings als einen schweren Verstoß gegen Guatemalas Recht, seine Außenpolitik nach eigenem Ermessen zu gestalten (SCMP, 13.1.97). Nicht Guatemala habe gegen die Souveränität der VRCh, sondern diese umgekehrt

gegen die Souveränität eines kleinen Staates verstoßen, indem sie rücksichtslos von einem Privileg Gebrauch gemacht habe, betonte Xu. RCh-Außenminister Chang Xiaoyan betonte, daß Taiwan sich um eine noch weitere Stärkung seiner Beziehungen mit Guatemala bemühen wolle, wobei es das moralische Recht auf seiner Seite wisse (ebd.).

Gleichzeitig besuchte RCh-Ministerpräsident Lian Zhan das benachbarte Nicaragua und wurde dort von der Präsidentin Violeta Chamorro in der Präsidentenresidenz in Managua empfangen.

Trotz abwiegelnder Kommentare von Seiten der Regierung Guatemalas scheint Taiwan über das Zugeständnis des mittelamerikanischen Staats an die VR China, sich künftig an die UNO-Resolution Nr. 2758 zu halten, beunruhigt zu sein. -we-

*(8)

Ausbau der Infrastruktur zwischen Yunnan und dem Indischen Ozean via Birma

Die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten China und Birma/Myanmar, die lange Zeit gespannt waren, haben sich zumindest seit der Machtergreifung durch das SLORC-Regime im Jahre 1988 ständig verbessert: es kam zu zahlreichen Begegnungen auf höchster politischer Ebene, zu einer laufenden Erhöhung des Handels, zur Hilfe Chinas für den Telekommunikationssektor, zur Errichtung eines "wirtschaftlichen Vierecks" (China, Nordthailand, Myanmar und Laos), zu Vereinbarungen über den gemeinsamen Kampf gegen den Heroinhandel, zu Abgrenzungsvereinbarungen und nicht zuletzt auch zur Gewährung eines "Horchpostens" für China im Golf von Bengalen - und zwar im Bereich des Irrawaddy-Deltas sowie im südbirmanischen Hafen von Mergui (dazu C.a., 1993/5, Ü 2, 1994/4, Ü 2 und 1996/1, Ü 3).

Auch die Infrastruktur zwischen beiden Seiten wird laufend ausgebaut - ein Tatbestand, der vor allem das Mißtrauens Indiens immer wieder erweckt. China hilft beim Ausbau der beiden Haupttransportrouten zwischen Yunnan und dem Indischen Ozean/Golf von Bengalen, nämlich zum einen bei der Erneuerung der alten Birma-Straße, die schon während des Zweiten Weltkriegs als Nachschubroute nach Südchina gedient hatte und beim Bau der neuen, in-

zwischen weitgehend fertiggestellten Yunnan-Birma-Straße, die noch Mitte 1997 dem Verkehr übergeben werden soll. Die Straße, die von Kunming, der Hauptstadt Yunnans quer durch Hochgebirge führt und etwa in einer Entfernung von 500 km Luftlinie westlich von Kunming die birmanische Grenze erreicht, windet sich von dort aus durch Mittelgebirge und erreicht - ebenfalls nach Luftlinienabstand gemessen - 300 km weiter südwestlich die Stadt Mandalay, von wo aus dann eine Pflasterstraße bis hinunter nach Rangun führt.

Am 18. Januar 1997 wurde das rund 50 km lange Teilstück zwischen Hsenwi und Lashio (rund 200 km nordöstlich von Mandalay) dem Verkehr übergeben. Bei der Übergabezeremonie wurde mehrere Male betont, daß das Projekt einer besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Myanmar und der chinesischen Provinz Yunnan dienen solle (XNA, 21.1.97).

Auch über den Schiffsverkehr auf dem Mekong, der von den Chinesen in seinem nördlichen Abschnitt Lancang genannt wird, ist es zwischen Birma und China zu einer Einigung gekommen. Zwar bildet der Mekong/Lancang zwischen den beiden Staaten die Abgrenzung auf einer Strecke von lediglich 50 km; für eine reibungslose Durchfahrt ist es aber ebenfalls wichtig. Unterzeichnet wurde das Transport- und Schifffahrtsabkommen zwischen beiden Seiten am 7.1.97. -we-

Innenpolitik

*(9)

Die 5. Tagung des VIII. NVK

1997 beginnt das letzte Jahr der Amtsperiode des VIII. Nationalen Volkskongresses (NVK) und der VIII. Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV). Vom 1.-14. März fand die 5. Tagung des VIII. NVK statt, gleichzeitig hielt das Nationale Komitee der VIII. PKCV seine 5. Tagung ab. Am Eröffnungstag (27. Februar) der PKCV-Tagung gab der stellvertretende Vorsitzende Ye Xuanping den Arbeitsbericht; auf der Schlußsitzung am 12. März hielt der PKCV-Vorsitzende Li Ruihuan, der als Nachfolger für den NVK-Vorsitzenden Qiao Shi im Gespräch ist, vor 1.773 Mitgliedern eine Rede. (RMRB, 13.3.97)

Zu Beginn der Tagung gedachten die Abgeordneten des zuvor verstorbenen Deng Xiaoping. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des VIII. NVK, Parlamentspräsident Qiao Shi, sprach in seiner Eröffnungsrede vor 2.808 Delegierten zum ersten Mal nach Deng Xiaopings Tod wieder vom Führungskern mit Jiang Zemin an der Spitze; vorher hatte er nur Deng, nicht aber Jiang erwähnt. Man müsse Trauer in Stärke verwandeln, so die Nr.3 in der Parteihierarchie, das Vermächtnis Dengs fortsetzen und sich noch enger um die Zentrale der Partei mit "Genossen Jiang Zemin als Kern" scharen. (RMRB, 2.3.97) Auch Ministerpräsident Li Peng, die Nr.2 nach Jiang Zemin, wies am Schluß seines Tätigkeitsberichts mit ähnlichen Worten auf die Führungsrolle Jiang Zemins hin. Man müsse Trauer in Stärke verwandeln und "unter der zentralen Führung der Partei mit dem Genossen Jiang Zemin als Kern" Deng Xiaopings Werk fortführen. Li Peng, dessen zweite Amtsperiode im nächsten Jahr ausläuft, kann auf dem IX. NVK nicht wiedergewählt werden.

Auf der Agenda der 5. Tagung des VIII. NVK stand die Prüfung und Billigung folgender Punkte:

- Tätigkeitsbericht der Regierung von Ministerpräsident Li Peng, (RMRB, 16.3.97)
- Bericht vom Vorsitzenden der Staatlichen Planungskommission, Chen Jinhua, über den Plan für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1997, (RMRB, 17.3.97)
- Bericht von Finanzminister Liu Zhongli über den Staatshaushaltsplan 1997, (RMRB, 17.3.97)
- revidiertes Strafgesetzbuch, (RMRB, 18.3.97)
- Landesverteidigungsgesetz, (RMRB, 19.3.97)
- Entscheidung über die Quotenregelung und Wahl der Delegierten für den IX. NVK, (RMRB, 15.3.97)
- Verfahren für die Wahl der Delegierten in der Sonderverwaltungszone Hong Kong (HKSAR) für den IX. NVK 1998, (RMRB, 15.3.97)
- Entscheidung, die Stadt Chongqing in der Provinz Sichuan zur provinzfür freien Stadt zu erheben, (RMRB, XNA, 15.3.97)
- Tätigkeitsbericht des Obersten Volksgerichtshofs, gegeben von Präsident Ren Jianxin (RMRB, 21.3.97; XNA, 12.3.97)
- Tätigkeitsbericht der Obersten Volksstaatsanwaltschaft, gegeben von Ge-